

**Festveranstaltung
90 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

1. März 2014, Stadtarchiv Halle, 11.00 Uhr

Vortrag von Rüdiger Fikentscher:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Geschichte“

Meine Damen und Herren,

Wer kennt sich heute noch in der teilweise verwirrend erscheinenden Geschichte der Weimarer Republik aus? Alle wissen natürlich, dass sie nur 15 Jahre dauerte, voller Höhen und Tiefen war, und in der Katastrophe des Nationalsozialismus endete. Aber welche Kräfte wirkten in dieser Zeit und in welcher Richtung? Und welche Rolle spielte die Sozialdemokratie? Wie stand es mit der sozialdemokratischen Hochburg Magdeburg, der „Roten Stadt im roten Land“ wie der Titel eines Buches heißt, und wie und warum kam es dort zur Gründung des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“? Allein schon der Name kommt uns heute irgendwie fremd vor. Warum eigentlich? Außerdem, und ich gestehe dazugehören, wusste hierzulande bis vor kurzem kaum jemand, dass das Reichsbanner wie viele andere Organisationen von den Nationalsozialisten zwar vernichtet worden war, doch seit 1953 in der Bundesrepublik Deutschland unter den neuen Verhältnissen seine politisch-historische Bildungsarbeit aufnahm und nun damit dem Schutz der Republik auf veränderter Weise dient. Darüber werden wir heute mehr erfahren. Doch wer war Karl Höltermann, der während fast eines ganzen Jahrzehnts für die Politik in Deutschland eine erhebliche Bedeutung hatte, und den heute offenbar niemand mehr kennt? Über all dieses hier vor Ihnen zu sprechen wurde ich gebeten. Diesem Wunsch kann ich nur recht unvollkommen entsprechen, will aber wenigstens mit einer gewissen Gliederung versuchen, entsprechend den genannten Fragen und unter Inanspruchnahme von Texten anderer, insbesondere unserer Freundin Beatrix Herlemann, der in Hannover lebenden gebürtigen Magdeburgerin, Ihnen diese Zeit und die damaligen Verhältnisse ein wenig näher zu bringen. Denn die Kenntnisse über diesen Teil unserer Geschichte können auch bei der Beurteilung heutiger Lage und Verhaltensweisen dienlich sein.

Voranstellen will ich einen kurzen Rückblick auf die damalige Zeit und ihre politischen Verhältnisse, aus der Feder von Willi Brundert. Kein Leben eines Sozialdemokraten aus Sachsen-Anhalt spiegelt so viel deutsche Geschichte wider wie das von ihm. Geboren 1912 in Magdeburg als Sohn eines Schriftsetzers und späteren Buchhalters, aufgewachsen in einer sozialdemokratisch geprägten Familie, führte sein Lebensweg durch vier grundverschiedene politische Systeme, in denen er auf vielfältigste Weise tätig wurde, leiden musste, aber auch geehrt worden ist. Während der Weimarer Republik studierte er hier bei uns in Halle Rechtswissenschaften und

war Mitglied der Sozialistischen Studentenschaft. Nach dem 20. Juli 1944 ist er als Widerstandskämpfer der Hinrichtung nur dadurch entgangen, dass er kurz zuvor in englische Kriegsgefangenschaft geraten war. Dann half er beim Wiederaufbau in Sachsen –Anhalt, war Juraprofessor an unserer Universität und Ministerialrat im Wirtschaftsministerium, wurde in dem ersten großen Schauprozess im Dessauer Theater von den Kommunisten verurteilt und saß viele Jahre in Einzelhaft bis er endlich in die Bundesrepublik gelangen konnte, wo er schließlich Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main wurde, bevor er dann letztlich doch an den Haftfolgen starb. Dieser Mann, Willi Brundert trat 1930, als 18-jähriger dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei. Dazu schrieb er 1965 folgendes: „Von 1930 bis Anfang 1933 erlebten wir in Deutschland den Zustand eines latenten Bürgerkrieges, der gezwungenermaßen jede ruhige politische Entwicklung ausschließen musste. Es gehört zum Erscheinungsbild der damaligen Parteien, dass sie alle militante Formationen aufstellten, die in straffen Einheiten zusammengefasst waren. Die KPD hatte als Kampforganisation den ‚Rotfront-Kämpferbund‘ organisiert. Die NSDAP hatte mit der SA und SS eine ausgesprochene Bürgerkriegsarmee geschaffen, die überwiegend von ehemaligen Weltkriegsoffizieren ausgebildet wurde. Daneben gab es andere Kampfverbände, wie ‚Jungdeutscher Orden‘, ‚Wehrwolf‘, ‚Stahlhelm‘, die sämtlich uniformiert waren und militärischen Ordnungsgrundsätzen unterlagen. In einer solchen Situation konnten zwangsläufig die republikanischen Parteien nicht auf eine eigene Schutzorganisation verzichten. Diese Funktion erfüllte das ‚Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold‘, dessen Angehörige seit der Gründung im Jahre 1924 mit großer Einsatzfreude die Republik zu schützen jederzeit bereit waren. Ich erinnere mich gut ihrer Kampfparole ‚Deutsche Republik, wir alle schwören: letzter Tropfen Blut soll Dir gehören‘. Die Existenz und das Wirken dieser Formationen bedingten in der politisch hektischen Zeit laufend Zusammenstöße. Täglich meldeten die Zeitungen Straßen- und Saalschlachten. Die Zahl der Opfer – Tote und Schwerverletzte – nahm immer mehr zu.“ Brundert beklagt im weiteren die staatliche Ohnmacht gegenüber aggressiven Gegnern, aber auch die fehlende Entschlossenheit in Krisensituationen, besonders als am 20. Juli 1932 Reichskanzler von Papen seinen Staatsstreich gegen das republikanisch regierte Preußen durchführte, den sogenannten „Preussenschlag“, der zugleich ein Stoß gegen das Reich in seiner republikanischen Grundstruktur war. Mit der Absetzung der preußischen Landesregierung wurde zugleich der deutschen Sozialdemokratie ein schwerer Schlag versetzt. Brundert dazu: „Es bleibt die Tragik der Weimarer Republik, dass am 20. Juli 1932 die republikanischen Massen kampfbereit waren, die verantwortlichen Staatsmänner aber der Auseinandersetzung ausgewichen sind. Die Geschichte hat die Richtigkeit einer weitverbreiteten Skepsis nicht widerlegt. Ich weiß es wie heute: Im August 1932 schrieb ich als Vorsitzender der Sozialistischen Studentenschaft an der Universität Halle a. d. Saale einen Aufsatz über das Thema ‚Demokratie oder Diktatur‘, ganz erfüllt vom Eindruck der Vorgänge am 20. Juli und in der Hoffnung, diesen Aufsatz in der SPD-Zeitung in Magdeburg, meiner Heimatstadt, im politischen Teil drucken lassen zu können. Der Abdruck wurde verweigert. Stattdessen wurde ich in die Redaktion bestellt und belehrt. Die Aussprache endete mit einem an mich gerichteten Appell, der nach

meiner Erinnerung etwa lautete: Seid ihr Jungen nicht kleingläubig. Denkt an die Kraft der Arbeiterbewegung und an das Wort eines Arbeiterführers: ‚Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will‘. Dieses Pathos war schon damals überholt. Sieben Jahre später, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, wurde dieser Ausspruch von ehemals mit wahren Zynismus abgewandelt in den Propagandasatz: ‚Räder rollen für den Sieg‘. Heute wissen wir es: Hätten die Räder in der historisch entscheidenden Stunde stillgestanden, wären sie später nicht in die Katastrophe gerollt!“ Soweit Willi Brundert, der in seiner kurzen Schilderung vieles wesentliche zusammengefasst hat und uns ein Grundverständnis von dem vermittelt, was uns noch heute beschäftigt. Deswegen nun etwas ausführlicher und von Beginn an, und dieser war nicht zufällig in Magdeburg. Zwar gab es auch andere wichtige Orte, an denen der Kampf um den Bestand der Weimarer Republik geführt wurde. Doch Magdeburg gehörte zu den wichtigsten. Hier war – im Unterschied zu Halle, wie wir leider zugeben müssen- die Sozialdemokratie außerordentlich stark. Denn seit dem 19. Jahrhundert unterscheiden sich die beiden großen Städte des Landes in Bezug auf ihre sozialdemokratische Entwicklung erheblich. Magdeburg brachte zwar mit Wilhelm Weitling und Julius Bremer bereits in der Frühzeit der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung bedeutende Persönlichkeiten hervor, doch erst im Jahre 1900 kam es dort zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei. Im Unterschied dazu waren die Sozialdemokraten in Halle bereits zur Zeit des Sozialistengesetzes vergleichsweise gut organisiert. Denn die Tatsache, dass hier im Jahre 1890 der erste Parteitag nach dem Fall dieses Gesetzes statt fand, lag nicht nur an der guten Bahnverbindung und zentralen Lage der Stadt.

Später drehten sich die Verhältnisse allmählich.

Über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Magdeburg nach dem Ersten Weltkrieg lesen wir bei Ernst Wittmaack: „In hellen Scharen strömten nach dem Kriegsende der Partei die Anhänger zu. Glänzend schnitt sie ab bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung im Januar 1919. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung brachten ihr die Mehrheit: 51 von 81 Mandaten. Aber nicht alle Blühträume der vielen neuen Anhänger wollten reifen. Auch die Magdeburger Partei musste einen Rückgang erleiden, der sich besonders stark nach der Überwindung der Inflation zeigte. Hatten wir am 1. April 1923 bereits wieder 9 747 Mitglieder, so waren es ein Jahr später nur noch 7 568 und am 1. April 1925 gar nur noch 6 046. Die Wahlen 1924 brachten auch uns wie der Gesamtpartei eine Niederlage. Die Mehrheit im Stadtparlament ging wieder verloren: von 66 Mandaten blieben nur 27 in unserem Besitz. Dann aber begann wieder der Aufstieg.“ Und auch der war erneut bemerkenswert. Denn

Der außergewöhnliche Aufstieg der Magdeburger Sozialdemokratie wurde auch nach außen weithin sichtbar. Hier fanden die Reichsparteitage der SPD 1910 und 1929 statt, mit Hermann Beims 1919 bis 1931 und Ernst Reuter 1931 bis 1933, hatte Magdeburg bedeutende SPD-Oberbürgermeister. Außerdem wurde dort 1924 die mächtige Republikschutzorganisation Reichsbanner „Schwarz – Rot - Gold“, über die wir heute sprechen, nicht nur gegründet, sondern hatte in Magdeburg auch ihren Hauptsitz.

Als die SPD ihren Parteitag 1929 nach Magdeburg einberief, mag es dafür mehrere Gründe gegeben haben: Der hohe Organisationsgrad, die gute Lage in Deutschland, die herausragenden Wahlergebnisse, auf jeden Fall aber auch die überragende Person des Oberbürgermeisters Hermann Beims, der sich deutschlandweit größte Hochachtung erworben hatte. Seit zehn Jahren war er in dieser Funktion, die ihm – ein damals einmaliger Fall in einer deutschen Großstadt – einstimmig übertragen worden war. Der SPD- Parteitag 1929 bot die Gelegenheit, Magdeburg als moderne Großstadt mit beispielhaften Entwicklungen, insbesondere des modernen Bauens, ganz Deutschland zu zeigen. Der Parteitag fand vom 26. bis 31. Mai in der erst 1927 erbauten Stadthalle auf der Elbinsel im Rotehorn-Park statt und wurde zu einer großen Schau erfolgreicher sozialdemokratischer Kommunalpolitik, die sich auch auf die Stimmung der Parteiführung übertrug. Alle Berichte darüber klingen so, wie wir es in unseren Tagen nicht mehr für möglich halten würden. Die „Volksstimme“, Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg, hatte eine umfangreiche Sondernummer zur Parteitagseröffnung herausgebracht, in der neben dem Parteitagsprogramm auch die Parteitagsthematik sowie die Vorstellungen der SPD in der Stadt und im ganzen Regierungsbezirk dargelegt wurden. Vor der Eröffnung des Parteitages fand ein grandioser Festzug statt. Angeführt wurde er von der SPD-Prominenz des ganzen Deutschen Reiches mit Reichskanzler Müller, dem Ministerpräsidenten Preußens, Otto Braun, dem Parteivorsitzenden Otto Wels, dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe, dem Innenminister Carl Severing, Arbeitsminister Rudolf Wissel, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes –ADGB- Theodor Leipart, dem Bundesvorsitzenden der 1924 in Magdeburg gegründeten Republikschutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Otto Hörsing, und dem Vorsitzenden des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes, Cornelius Gellert. Der Hauptzug wurde begleitet von den Roten Falken und der Arbeiterjugend. Acht weitere Züge mit den Delegierten und Teilnehmern aus ganz Deutschland, mit den Arbeitersportlern und der Gewerkschaftsjugend, mit den Abordnungen der 17 Parteiunterbezirke von der Altmark bis zum Vorharz und mit den Vertretern der Magdeburger Stadtbezirke bewegten sich von ihren Aufstellungsplätzen in den verschiedenen Stadtteilen konzentrisch auf den Festzug zu und mündeten in seinem Gefolge auf dem Ehrenhof vor der Stadthalle in eine gewaltige Massenkundgebung. Sie alle waren von Zehntausenden an den Straßenrändern begrüßt worden. Auf dem Ehrenhof umrahmten Arbeiterjugendmitglieder in blauen Hemden das Podium vor der Stadthalle. Auf einer großen Tribüne führten 200 Mitwirkende das Sprechchorwerk „Webt fest das rote Band“ auf. Dann folgten die Ansprachen des Bezirkssekretärs Gustav Ferl, von Reichskanzler Müller, Reichstagspräsident Paul Löbe, Ministerpräsident Otto Braun sowie von führenden Vertretern der Sozialdemokratie Frankreichs und Dänemarks. Dann begann die feierliche Eröffnung des Parteitages unter Mitwirkung des Arbeitersängerbundes und des Philharmonischen Orchesters der Stadt.

Ernst Wittmaack, der langjährige Vorsitzende der SPD in Magdeburg, begrüßte die 215 Delegierten –davon knapp 50 Frauen- sowie die Parteitagsgäste aus dem In-

und Ausland im mit roten Fahnen geschmückten Festsaal. Mit Stolz stellte er den Parteibeziirk vor, als „einen der bestorganisierten Bezirke der Gesamtpartei“ mit 10 000 Mitgliedern allein in der Stadt Magdeburg und mit über 50 000 Mitgliedern, darunter 16 000 Frauen, im gesamten Bezirk. Er hob die Leistungen der überdurchschnittlich vielen Sozialdemokraten in öffentlichen Ämtern in Magdeburg wie in den Kreisstädten und in den vielen kleineren Gemeinden auf dem Land hervor und verwies dazu auf das vom Parteitagskomitee gestaltete, Rechenschaft ablegende Festbuch „Die rote Stadt im roten Land“, das jeder Delegierte erhalten hatte. Dieses Buch, noch immer lesenswert, enthält eine Karte mit den

Umrissen des Parteibeziirks, der Kreisstädte und Parteihäuser, aber auch beeindruckende Zahlen: über 400 Ortsvereine, 51 000 Mitglieder, sieben Tageszeitungen, vier Druckereibetriebe, mit einem Personalbestand von insgesamt 423 Personen, Jugendheime, Kinderheime, Heime der Arbeiterwohlfahrt, Volkshäuser.

Das, meine Damen und Herren, war Magdeburg auf dem Gipfel seiner sozialdemokratischen Prägung.

Aber andererseits war in dieser ehemals bedeutenden Garnisonsstadt bereits am 25. November 1918 der Wehrverband „Stahlhelm“ gegründet worden, eine Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges. Angeblich war er überparteilich, doch in Wirklichkeit deutschnational und zunehmend antidemokratisch. Rechte Parteien und Strömungen taten es ihm durch eigene Wehrverbände gleich, sodass sich als Gegenkraft regionale Schutzformationen der Arbeiterschaft bildeten. In Magdeburg war das die „Republikanische Notwehr“. Als sich die Sozialdemokratie insgesamt genötigt sah, eine Gegenkraft aufzubauen, ergriffen Magdeburger Sozialdemokraten die Initiative, führten die Schutzorganisationen zusammen und gründeten am 22. Februar 1924 das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner“ zur Festigung der Republik und gegen Angriffe von Rechts- und Linksausßen. Diese Organisation sollte einen überparteilichen Charakter tragen, gestützt auf die Parteien der Weimarer Koalition: SPD, die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP) und das Zentrum (Partei des politischen Katholizismus), deren Vertreter die Gründungsurkunde unterschrieben. Doch die Mitgliedschaft bestand zu 90 Prozent aus Sozialdemokraten. Ebenso standen zwei Sozialdemokraten an der Spitze: Otto Hörsing, Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, und sein Stellvertreter, der Chefredakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Karl Höltermann. Dieser war nach einem bewegten Leben erst 1920 aus Nürnberg nach Magdeburg gekommen. Geboren am 20. März 1894 in Pirmasens, ließ er sich zum Schriftsetzer ausbilden, wurde Mitglied der Arbeiterjugend und später der SPD. Nach der Lehre begab er sich auf Wanderschaft ins Ausland, war von 1915 bis 1918 Soldat im Ersten Weltkrieg, anschließend Journalist, ab 1920 Redakteur und schließlich Chefredakteur. Die von ihm übernommene Funktion ist auch deshalb als bedeutend anzusehen, weil Magdeburg der Sitz des Reichsbanner-Bundesvorstandes wurde. Zum Thema der Überparteilichkeit des „Reichsbanners“ erklärte Karl Höltermann später: „Es gab für uns nur einen Weg zur Rettung der Republik: uns mit den linken

Teilen der Demokratischen Partei und des Zentrums zu gemeinsamen Vorgehen zu vereinen. Für die Sozialdemokratische Partei wäre es wegen der Staatsgewalt unmöglich gewesen, eine rein parteipolitische Organisation zum Schutz der Republik und der Arbeiterschaft gegen den Faschismus aufzustellen.“ Soweit Zitat Höltermann.

Das Ziel war die Verteidigung der Weimarer Republik und ihrer Verfassungsordnung - normalerweise eine Aufgabe des Staates. Doch dieser wurde durch militante organisierte Antidemokraten sowohl von Rechts als auch von Links zunehmend angegriffen. Er konnte, wie wir schon gehört haben, der zahlreicher werdenden politischen Morde nicht mehr Herr werden und war in seiner Existenz bedroht. Deswegen hatte der SPD-Parteivorstand nach langem Zögern seine Einwilligung zur Gründung einer eigenen militärisch organisierten Vereinigung gegeben. Die Beschreibung dieses Zögerns treffen wir während dieser Jahre immer wieder. Doch die rasch ansteigende Mitgliederzahl zeigte, wie nötig dies von der Masse der Sozialdemokraten und der Arbeiterschaft empfunden wurde.

Überlegungen zur Gründung eines wehrhaften Schutzbundes waren in Magdeburg bereits im Frühjahr 1921 aufgekommen. Deren Anfänge beschrieb Karl Höltermann so: „Es wurden viele Vorschläge gemacht und wieder verworfen. Allzu kühn erschien das Unterfangen, eine eigene Machtorganisation der Arbeiterschaft zu bilden, und diese dort einzusetzen, wo die schwankende Staatsgewalt versagte oder zu versagen drohte.“ Zunächst wurde die Organisation unter dem Namen eines neuen Sportvereins nach Wohnvierteln und Betrieben aufgebaut. Am 19. April 1923 traten auf dem Domplatz erstmals 1 500 Mann mit schwarz-rot-goldenen Armbinden an. Diese Farben der Republik waren umkämpft, denn noch immer gab es starke Kräfte, die die kaiserlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot bevorzugten und die Republik hassten, ganz abgesehen von den nach vorn drängenden Nationalsozialisten mit ihren Hackenkreuzfahnen. Die Fahnen und Farben waren also ein wichtiges Zeichen für die politische Haltung zur Weimarer Republik. In den drei Regierungsbezirken der Preußischen Provinz Sachsen, nämlich Magdeburg, Merseburg und Erfurt, hatte der Verband rasch 25 000 Mitglieder. Als das pazifistisch begründete Zögern der Parteiführung durch die immer bedrohlicheren Entwicklungen überwunden war, hat sie die Gründung eines zentralen Republiksschutzverbandes zwar begleitet, doch die Initiative dazu war von den Magdeburger Sozialdemokraten ausgegangen. Dahinter stand eine gemeinsame Konzeptentwicklung von Otto Hörsing, Karl Höltermann, Dr. Horst Baerensprung und Gustav Ferl, dem SPD-Bezirksvorsitzenden. Sie erkannten frühzeitig die neue Qualität des politischen Gegners NSDAP, der mit Terror und Demagogie brutal an die Macht drängte.

Das rechte Lager in Deutschland war überrascht: Ein Jahr nach seiner Gründung hatte das „Reichsbanner“ bereits drei Millionen Mitglieder und wurde damit der weitaus größte paramilitärische Verband in Deutschland. Der „Stahlhelm“ hatte nur 400 000 und der kommunistische „Rotfrontkämpferbund“ nur 100 000 Mitglieder. Nun galt es, Flagge zu zeigen und den republikanischen Gedanken in die Massen zu tragen. Die Begriffe „Vaterland“, „Nation“ oder „Volksgemeinschaft“ sollten nicht allein den Rechten vorbehalten bleiben. Beatrix Herlemann schreibt: „Eindrucksvolle Aufmärsche zu den alljährlichen Verfassungsfeiern am 11. August, zu eigens

veranstalteten republikanischen Tagen, Massendemonstrationen gegen rechte Provokationen, die Mobilmachung gegen die Fürstenabfindung 1926, Feiern zum Totengedenken für die Gefallenen und Sportfeste wie die Veranstaltungen in eigener Sache mit den alljährlichen Gründungsfeiern im Februar, mit Gautagen, Kreisfesten und Bannerweihen zielten stets nach Inhalt und Gestaltung auf die Schaffung eines republikanischen Bewusstseins. Die zahlreichen Einweihungen von Ebert-, Erzberger- und Rathenaudenkmälern sowie eine Traditionspflege, die neben der Revolution von 1848 auch sämtliche Freiheitskämpfe der deutschen Geschichte und deren Repräsentanten einbezog, waren ebenfalls auf dieses Ziel gerichtet.“ Am ersten Jahrestag der Gründung, am 22. Februar 1925, erlebte Magdeburg einen beeindruckenden Aufmarsch. Allein die Ortsgruppe zählte 12 000 Mitglieder. Aus allen Regionen des Deutschen Reiches kamen Abordnungen. Nach den Begrüßungsreden in den großen Sälen der Stadt zogen auf sechs Zugangsstraßen die Reichsbannerzüge zwei Stunden lang auf den Domplatz, begleitet von hundert Musikkapellen und 2 000 Fahnen. Die 45 Redner waren über die ganze Stadt verteilt, darunter der Reichstagspräsident, drei Reichskanzler a. D. sowie Ministerpräsidenten und Minister. Krönender Abschluss war der Aufmarsch auf dem Domplatz, es sollen 130 000 Menschen gekommen sein. Dazu Beatrix Herlemann: „Pressevertreter aus den deutschen Großstädten, aus dem europäischen Ausland und den USA berichteten von der republikanischen Kerntruppe, die auf dem Domplatz aufmarschiert war und von der republikanischen Stadt Magdeburg, die deutlich gemacht hatte, dass sie in ihrer großen Mehrheit zur jungen Republik steht.“

Als es Anfang 1932 um die Wahl des Reichspräsidenten ging, waren ohne Vorbereitung 30 000 Menschen zu einer Kundgebung in Magdeburg zusammengekommen, sodass die Volksstimme schrieb: „Die Eiserne Front braucht keine Propaganda, wenn sie aufmarschieren soll; sie braucht keine langen Vorbereitungen: Sie steht, wenn der Ruf ergeht; sie marschiert!“ Worum es ging, hatte der Bezirksparteisekretär Gustav Ferl zuvor so ausgedrückt: „Um die Demokratie geht der Kampf in den nächsten Wochen. Am 13.3. fällt die Entscheidung nicht nur für die nächsten sieben Jahre sondern für Jahrzehnte. Das Ziel ist, die Nazis von der Macht fernzuhalten. Eine Regierung des Faschismus ist gleichbedeutend mit neuer Kriegsgefahr. Es gilt den Faschismus unter allen Umständen zu schlagen. Die Parole lautet: Nieder mit Hitler! Es lebe die Freiheit!“ Doch letztlich wurde durch die zögernde und nur auf Wahlentscheidungen ausgerichtete Führung des SPD-Vorstandes in Berlin die vorhandene Kampfbereitschaft in diesen Jahren und Monaten nicht ausgenutzt. So kam es, dass bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 auch in Magdeburg die NSDAP zur stärksten Partei wurde. Allerdings zogen neben den drei Wiedergewählten Dr. Fritz Baade, Gustav Ferl und Gerhart Seger auch Ernst Reuter und Karl Höltermann als energische Verteidiger der Republik in den Reichstag ein. Höltermann übernahm im Reichsbanner die alleinige Führung, nachdem Otto Hörsing seit langem nur noch repräsentative Aufgaben erfüllt hatte. Zugleich wurde das Reichsbanner zu einer voll einsatzfähigen Kampforganisation entwickelt. Die bereits am 6. November 1932 erneut erforderlichen Reichstagswahlen sahen die SPD wieder an der Spitze in

Magdeburg, sodass die Parteispitze zu der Ansicht kam, die schweren Kämpfe des Jahres 1932 hätten den Faschismus von der Macht ferngehalten, und Karl Höltermann verkündete: „Wir werden unsere Kräfte neu formieren und angreifen“.

Als nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 23. März 1933 über das „Ermächtigungsgesetz“ abgestimmt wurde und nur die Sozialdemokraten dagegen stimmten, gehörte Karl Höltermann neben Dr. Baade und Ernst Reuter zu den drei noch in Freiheit lebenden Abgeordneten aus dem Wahlkreis Magdeburg-Anhalt, ebenso wie der Hallenser Franz Peters aus dem Wahlkreis Merseburg, die mit „Nein“ stimmten. Anschließend hatte Karl Höltermann, der zur kämpferischen Leitfigur im Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten geworden war und sich ganz seinen Aufgaben als Reichsbannvorsitzender gewidmet hatte, nur noch die Wahl zwischen zwei Wegen. Den einen beschritt der zweite Mann in der Reichsbannerführung, Theodor Haubach, der ganz wesentlich mit Höltermann und Carlo Mierendorff zusammen den Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt hatte. Mierendorff blieb in Deutschland, ging in den Untergrund, ins Konzentrationslager und schließlich zur Hinrichtung. Karl Höltermann ging wie viele andere den zweiten Weg. Er tauchte unter und lebte zunächst illegal in Berlin, bis ihm Anfang Mai die Flucht nach Amsterdam gelang. Zeitweilig hielt er sich in Belgien und im Saarland auf, ehe er dauerhaft nach London ging. 1934 wurde gegen ihn Haftbefehl erlassen, und im Juni 1935 ist er samt seiner Familie offiziell aus Deutschland ausgebürgert worden. Der Haftbefehl gegen ihn blieb während der gesamten Emigrationszeit in Kraft. Von London aus hielt er stets eine gewisse Distanz zum Exilvorstand der SPD, denn das Zögern der Führung beim Widerstand gegen die nahende faschistische Diktatur, als die starken Kräfte des „Reichsbanners“ bereit waren zu kämpfen, hatte wohl noch immer Spuren bei ihm hinterlassen.

Auch gegenüber der Politik der Kommunistischen Partei vor 1933 fand Karl Höltermann noch im Exil deutliche Worte, so in einem von Beatrix Herlemann zitierten Brief an einen Freund vom Juni 1937: „Die Idee der Volksfront war in dem gleichen Augenblick verbogen und vermanscht, da sie von den Kommunisten ‚gemanagt‘ wurde. Was diese unseligen Kerle in die Finger nehmen, geht in die Binsen. Immerhin will ich nicht bestreiten, dass sie nicht doch langsam lernen. Aber bis sich eine vernünftige Sache in Moskau herumspricht -meist ist es dann zu spät. Wir säßen nicht in alle Welt zerstreut umher, wenn z.B. die Volksfronteinsicht bei den Deutschen und Moskauer Herrschaften wenigstens nach den Hitler-Wahlen 1930 gekommen wäre“.

Dieser Groll Höltermanns gegen die Kommunisten hatte Wurzeln bis weit in die zwanziger Jahre zurück. Am Ende der Weimarer Republik war eine tiefgehende Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD entstanden, sodass die Demokratie nicht nur gegen „rechts“, sondern gleichermaßen gegen „links“, also die Kommunisten, verteidigt werden musste. Die Entwicklung dahin ist mit einigen Stichpunkten leicht in Erinnerung zu rufen: Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit anschließender Burgfriedenspolitik, Spaltung der SPD in USPD und „Mehrheitssozialisten“, Spartakusbund mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aus der nach dem Vorbild der russischen

Oktoberrevolution zum Jahreswechsel 1918/19 die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging. In Magdeburg wurde im Februar 1919 eine Ortsgruppe der KPD gegründet, deren Erster Vorsitzender ausgerechnet einer der Mitbegründer des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg im Jahre 1900 war: Albert Vater. Sie alle neigten zum Aktionismus, beteiligten sich beispielsweise zunächst nicht am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, sondern riefen stattdessen dazu auf, sich „um die rote Fahne der proletarischen Diktatur zu scharen“. Als es der KPD gelang, sich mit einem Großteil der USPD zusammenzuschließen, konnte sie im mitteldeutschen Industriegebiet rund 30 Prozent der Stimmen bei den Preußischen Landtagswahlen gewinnen. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1924 errangen die Kommunisten im Magdeburger Stadtrat sieben Mandate neben nur noch 25 sozialdemokratischen Sitzen. Zugleich schlugen sie einen linksradikalen Kurs ein mit Parolen wie: „Das Geschick der arbeitenden Masse entscheidet nur die proletarische Revolution. Nicht mit dem Stimmzettel, nur im offenen Kampf der Klassen wird Euer Elend gewendet“. Die Kommunisten waren für die regierenden Sozialdemokraten bei der Bewältigung der ungeheuer großen Nachkriegsprobleme keine Hilfe. Hermann Beims schieb dazu in seinem Beitrag zum Parteibuch 1929: „Die rechtsgerichteten Mitglieder des Magistrats hofften damals auf den scheinbar nahen Tag, an welchem die junge Republik enden und das alte Regime wieder hergestellt würde. Und die Kommunisten bestärkten sie in dieser etwas vagen Hoffnung“. Zwar erlangten die Kommunisten in den Stadt- und Gemeindevertretungen keinen nennenswerten Einfluss. Doch konnten sie den Sozialdemokraten die Arbeit erheblich erschweren, denn das Ziel ihrer Führung war die Schwächung der Republik und die Errichtung einer roten Räterepublik nach sowjetischem Vorbild. Im Sommer 1928 kündete der VI. Weltkongress der Kommunisten einen konsequenten revolutionären Kurs an. Eine „Einheitsfront von unten“ wollten auch die deutschen Kommunisten errichten und nahmen dabei sogar die Spaltung der Gewerkschaften in Kauf. Damit stieg zugleich die Gewaltbereitschaft, wodurch die gewalttätigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zunahmen, besonders zwischen den beiden paramilitärischen Organisationen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Roten Frontkämpferbund (RFB). Dazu trug auch die These vom „Sozialfaschismus“ bei, denn die Kommunisten betrachteten Faschismus und Sozialdemokratie als Zwillingbrüder, d. h. die Sozialdemokraten waren nach ihrer Ansicht die Steigbügelhalter des Faschismus. Die Wahlergebnisse der Kommunisten waren schlecht, doch der Ton wurde gehässiger. Der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung, Willy Plumbohm, sagte „Die Rechte, die Völkischen und die Kommunisten hatten immer eins gemeinsam: den Hass gegen die Sozialdemokraten. Der Kampf der Bürgerlichen gegen wirtschaftliche Maßnahmen der Stadt fand meist die Unterstützung der Kommunisten.“ In der Wahlkampagne im Herbst 1929 sollten laut kommunistischer zentraler Anweisung die Opfer der Wirtschaftskrise gegen die Sozialdemokraten aufgebracht werden. Diese hatten erhebliche Zugewinne erreicht, doch die Kommunisten gaben offen zu, dass sie den Wahlkampf nicht im Glauben an Zugewinne von Mandaten führten, sondern um ihre Ziele zu propagieren und die Massen zum Kampf um proletarische Forderungen zu mobilisieren. Es gibt viele Beispiele dafür, wie die wenigen

gewählten Vertreter alles taten, um Sozialdemokraten von leitenden Positionen fernzuhalten. In den Gemeinden gingen sie dazu über, die Verabschiedung der Haushalte zu verhindern. Als der Staatskommissar drohte, tönnten sie: „Mag der Diktator kommen“. Im Laufe des Jahres 1932 steigerten sich die Angriffe der Kommunisten bis zu Tötlichkeiten in den Volksvertretungen. Ihre ultralinke Politik wurde auch auf die der Sozialdemokratie nahestehenden Vereine und Verbände ausgedehnt mit dem Ziel, sie zu spalten.

Am 9. August 1931 fand ein von der NSDAP gemeinsam mit der KPD initiiertes Volksentscheid zur vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtages keine Mehrheit. Auf Grund des Zusammengehens dieser beiden Parteien rechnete der langjährige Vorsitzende des Berliner SPD-Bezirksverbandes, Franz Künstler, im Berliner Sportpalast mit dem kommunistischen Einheitsfrontschwindel ab und endete nach der Aufzählung der zahlreichen kommunistischen Überfälle und Morde mit den Worten: „Wenn der Faschismus heute nicht zur Macht gekommen ist, dann einzig durch das Verdienst der Sozialdemokratie.“ Dennoch trieben die Kommunisten ihre „Einheitsfront von unten“ immer weiter voran. Darin sollten sich die Sozialdemokraten ihnen anschließen. Auch ein Versuch Gerhart Segers in Dessau, durch Gespräche mit den Kommunisten die Chancen eines Zusammengehens gegen den Nationalsozialismus auszuloten, blieb erfolglos. Im letzten Jahr der Weimarer Republik mit ihren fünf Wahlen und Wahlkämpfen wurden nahezu täglich aus allen Teilen des Reiches schwere Zusammenstöße zwischen NSDAP / SA, KPD / Roter Frontkämpferbund auf der einen Seite, sowie SPD / Reichsbanner auf der anderen, gemeldet. Die Zahl der Toten stieg ebenso wie die Militarisierung. Beatrix Herlemann fasst zusammen: „Die gemeinsame Frontstellung von NSDAP und KPD gegen die Republik von Weimar, wenn auch aus unterschiedlichen ideologischen Motiven und politischen Zukunftsvorstellungen, paralyisierte die parlamentarische Demokratie in Preußen und im Reich. Wegen ihrer unsinnigen ‚Sozialfaschismus‘- Stoßrichtung gegen die SPD wird sie zu Recht zu den Totengräbern der Demokratie gerechnet.“ Und Karl Höltermann stand als Vorsitzender des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ inmitten dieser Kämpfe. Kein Wunder, dass er noch im Exil so deutliche Worte über das Verhalten der Kommunisten fand, wie eingangs erwähnt.

Die Kämpfe waren Geschichte und der Zweite Weltkrieg ebenso. Doch angesichts der Verhältnisse in Deutschland, insbesondere in seiner Stadt Magdeburg, zog es Karl Höltermann nach 1945 - wie auch der Dessauer Gerhart Seger, dem 1933 die Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg gelungen war, - vor, aus dem Exil nicht zurückzukehren. Er starb am 3. März 1955 in Kings Langley nahe London. In der Weimarer Republik war er ein bedeutender Politiker, doch hat man ihn später weithin vergessen. Nur im Berliner Stadtteil Gropiusstadt trägt ein Weg seinen Namen. Vielleicht kann das heutige Magdeburg eines Tages diesem Beispiel folgen, so wie wir Sozialdemokraten in Halle uns für eine Straße mit dem Namen Franz Peters einsetzen.

Vielen Dank